
Jürgen Peters

Zukunft fairteilen

Verteilungspolitik in der Zukunftsdebatte der IG Metall



Jürgen Peters, geb. 1944 in Bolko/Oppeln, Ausbildung und Tätigkeit als Maschinenschlosser, Studium an der Akademie der Arbeit, Lehrer an der Bildungsstätte Lohr der IG Metall, Tätigkeit im Zweigbüro Düsseldorf der IG Metall, seit 1988 Leiter des Bezirks Hannover der IG Metall, ist seit 1998 Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Mit großem Aufwand hat die IG Metall erneut eine Zukunftsdebatte aufgelegt. Diesmal aber den Weg von unten gewählt: Statt mit großen Zukunftskongressen und viel Prominenz startet diese Zukunftsdebatte bei den Mitgliedern und Noch-Nicht-Mitgliedern mit Befragungen und Gruppendiskussionen. Debattiert wird vor allem auf Veranstaltungen in Verwaltungsstellen, Bezirken und Betrieben. Erst am Ende der über Monate laufenden Beratungen wird ein „Zukunftsmanifest“ stehen, das den Stand der Debatte aufarbeitet und festhält.¹

Nach dem Start der Zukunftsdebatte haben einige Kritiker die Offenheit der Themen und Leitfragen bemängelt. Sie haben konkrete Inhalte vermisst - und dabei zumindest die Initiative *fairteilen* übersehen. Die Zukunftsdebatte hat nämlich eine kleine Schwester, die Initiative für mehr soziale Gerechtigkeit mit dem Namen *fairteilen*. Mit dieser Initiative geht es der IG Metall darum, für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel zu werben und gleichzeitig die eigene Kompetenz in Sachen Verteilungspolitik auszubauen.

Auch bei *fairteilen* betreibt die IG Metall keine Politik von oben. Angelegt ist die Initiative als ein Beratungsprozess über gewerkschaftliche Tarif- und Verteilungspolitik. In einer Denk-Schrift² wurden die Themen der verteilungspolitischen Beratungen umrissen: Die bestehende Verteilung mit ihren sozialen Schieflagen soll genauer analysiert, als Antwort auf die sozialen Schieflagen sollen die gewerkschaftlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit überprüft und Konzepte gewerkschaftlicher Tarif- und Verteilungspolitik fortgeschrieben werden.

1 Informationen im Internet unter www.igmetall.de/zukunft.

2 IG Metall: Denk-Schrift fairteilen, Schwalbach/Ts. 2000.

Als Leitthemen der Zukunftsdebatte stehen zwar „nur“ die Zukunft der Arbeit, die Zukunft der Gewerkschaften, die Zukunft der Gesellschaft, die Zukunft der Wirtschaft und die Zukunft der Politik auf der Tagesordnung. Bei all diesen Themen werden jedoch keine, zumindest keine für die IG Metall befriedigenden Antworten gefunden, wenn nicht die Verteilungspolitik an zentraler Stelle beraten wird. *fair*teilen ist also Querschnittsthema der Zukunftsdebatte der IG Metall.

Erwerbsarbeit - Schlüssel zum Wohlstand

Einige Schöngelster prophezeiten das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ - und lagen damit voll daneben. Denn knapp die Hälfte der gesamten Bevölkerung in Deutschland bezieht ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit; davon sind nahezu 90 Prozent als Arbeitnehmer abhängig beschäftigt. Auch die Mehrheit der Nicht-Erwerbstätigen ist in irgendeiner Weise von Erwerbsarbeit abhängig, entweder weil sie vom Unterhalt erwerbstätiger Angehöriger, von Renten und Pensionen oder von anderen Lohnersatzleistungen des Sozialstaates leben. Dagegen verfügt nur eine kleine Minderheit über derart großes Vermögen oder Kapital, dass sie damit ausreichend hohe „arbeitsfreie“ Einkommen erzielen können.

Bei der funktionalen Verteilung des Volkseinkommens auf die Einkünfte aus Erwerbsarbeit einerseits und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits haben sich die Verhältnisse deutlich zu Lasten der Arbeitnehmer verschoben. So blieb die Entwicklung sowohl der Tarif- wie auch der Reallöhne in den vergangenen Jahren zumeist hinter der Produktivitätsentwicklung zurück; der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum konnte nicht für entsprechende Lohn- und Gehaltszuwächse genutzt werden. Trotz der damit verbundenen Umverteilung zugunsten der Gewinne erzielt die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor über Erwerbsarbeit einen hohen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand: Mit ihrem Einkommen liegen die Arbeitnehmer mehrheitlich weit oberhalb der Armutsschwelle; sie können mit diesem Einkommen ein ansehnliches Versorgungsniveau halten. Von Fragen des *Überlebens* sind sie weitgehend freigestellt; sie organisieren stattdessen ihr *Leben* nach eigenen Vorstellungen.

Allen Erwerbsspersonen gelingt dies jedoch nicht. Die beiden Gründe dafür lauten: Armut in Folge von Arbeitslosigkeit und Armut trotz Erwerbsarbeit. Ein Blick etwa in den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung³ zeigt, dass Arbeitslose weitaus häufiger von Armut betroffen sind als der Bevölkerungsdurchschnitt. Trotz Arbeitslosenunterstützung und -hilfe rutschen viele Erwerbslose unter die Armutsschwelle und haben mit erheblichen Versorgungsproblemen zu kämpfen. Und zwar insbesondere dann, wenn ihre Arbeitslosigkeit lange andauert oder sie immer wieder von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aber auch Erwerbsarbeit bietet keine Garantie für ausreichend hohe Einkommen - zumal dann nicht, wenn die Arbeit in irgendeiner Form vom klassischen Normalfall abweicht. So sind gerade unter Teilzeitbeschäftigten und Scheinselbständigen Einkommen unter der Armutsschwelle oder geringe Einkommen weit verbreitet. Armut trotz Erwerbsarbeit ist in Deutschland ein häufig übersehener, gleichwohl relevanter Sachverhalt.

Wenn sie auch keine Garantie auf ausreichende Einkommen ist, so bleibt die Erwerbsarbeit trotzdem für die Mehrheit der Bevölkerung der wichtigste Schlüssel zum eigenen Wohl-

3 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001 (www.bma.de).

stand. Die Erwerbsarbeit mag sich in ihren Vollzugs- und Organisationsformen in der näheren oder weiteren Zukunft ändern - und in der Folge ihre subjektive, betriebliche und auch gesellschaftliche Bedeutung. Ändern mögen sich die Stellung der Beschäftigten im Betrieb, die Qualifikationsanforderungen und Belastungen Viele dieser Veränderungen werden die Gewerkschaften beschäftigen, müssen deshalb frühzeitig begriffen und im Interesse der Arbeitnehmer in Angriff genommen werden. Doch unterhalb dieser Veränderungen bleibt Erwerbsarbeit für die Mehrheit, weil sie kein ausreichendes Vermögen und Kapital besitzt, die herausragende Einkommensquelle.

Verteilungspolitisch geht es den Gewerkschaften darum, gleiche Teilhaberechte für alle und deswegen - bei allen sozialen Unterschieden - vergleichbare Lebenslagen zu sichern. Ihre Aufmerksamkeit richten sie besonders - wenngleich nicht ausschließlich - darauf, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Aufteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes nicht benachteiligt werden. Die Gewerkschaften haben die enge Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Einkommen nicht erfunden; nun aber bestehen sie darauf, dass die Grundlage dieser Verknüpfung erfüllt wird und alle Menschen, die zur Sicherung eines ausreichenden Einkommens auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, auch ihre Chancen auf den Arbeitsmärkten erhalten. Eine Ausweitung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens, auf jeden Fall aber die Ausweitung der Beschäftigung ist deshalb verteilungspolitisch gefordert. Arbeitslosigkeit ist ein erstrangiges Problem bei der Einkommensverteilung - und Beschäftigungspolitik die herausragende Aufgabe auch der Verteilungspolitik.

Dennoch muss der enge Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen „zivilisiert“, nämlich der Situation auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden. So dürfen Menschen bei der Sekundärverteilung nicht auch noch zusätzlich benachteiligt werden, da sie bereits bei der Primärverteilung zurückgestellt, nämlich ohne Erwerbsarbeit oder aber ohne ausreichend entlohnte Erwerbsarbeit geblieben sind. Deshalb ist sozialpolitisch sicherzustellen, dass auch Arbeitslose am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können und nicht in Folge ihrer Arbeitslosigkeit in Armut und/oder in Versorgungslücken fallen.

Die allzu enge Kopplung muss auch aus einem anderen Grund „zivilisiert“ werden. Wiederum belehrt uns der offizielle Armutsbericht der Bundesregierung über die Benachteiligung von Familien bei der Verteilung. Haushalte mit Kindern sind häufiger von Armut betroffen, insbesondere Haushalte von Alleinerziehenden und Haushalte mit vielen Kindern. Auch Familien sind auf Arbeitseinkommen angewiesen und fallen vor allem dann in Armut, wenn ein solches Einkommen ausbleibt, etwa weil Alleinerziehende neben der Erziehung und Versorgung ihrer Kinder nicht noch erwerbstätig sein können. Doch selbst normale Arbeitseinkommen reichen für Familien häufig nicht aus, den wegen der Kinder erhöhten Bedarf zu decken. Arbeitseinkommen dürfen daher nicht länger als Familieneinkommen betrachtet werden. Sie müssen sozialstaatlich durch fairen Ausgleich zwischen den Haushalten in Höhe eines ausreichenden Familieneinkommens gehoben werden.

Gewerkschaft - Motor für soziale Gerechtigkeit

Verteilungspolitik ist für die Gewerkschaften nicht irgendein beliebiges, sondern eines ihrer wichtigsten Politikfelder. Immerhin wurden sie aus der Not geboren, durch solidarischen Zusammenschluss der Arbeitnehmer, nicht nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern besonders auch um ihren Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhöhen. Ihr mächtigstes Mittel ist die Tarifpolitik. In kollektiven Vertragsabschlüssen mit den Arbeitge-

bern beeinflussen sie sowohl die Aufteilung des Volkseinkommens in Einkünfte aus Vermögen, unternehmerischer Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung, als auch die personelle Verteilung auf die einzelnen Personen und Haushalte. Doch neben der Tarifpolitik engagieren sich die Gewerkschaften auch auf anderen verteilungspolitischen Feldern. Etwa wenn es um die Ausgestaltung von sozialstaatlichen Fürsorge- und Sicherungssystemen geht oder um die Aufbringung der staatlichen Ausgaben durch Beiträge und Steuern, die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, etwa in die Bildung, oder wenn es um die Verteilung der Vermögen geht.

Trotz ihrer Anstrengungen konnten es die Gewerkschaften in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht verhindern, dass die Verteilung in die soziale Schieflage gerutscht ist. Regierungsamtlich werden inzwischen Probleme der Armut und Unterversorgung eingestanden. Die Arbeitnehmer wurden bei der Verteilung zunehmend benachteiligt - u.a. durch Verschiebungen bei der funktionalen Einkommensverteilung, aber auch durch die Entwicklung zum „Lohnsteuerstaat“ sowie durch die nachlassende Ausgleichswirkung des Sozialstaates. Für die Durchsetzung ihrer Vorschläge fehlte es den Gewerkschaften in der Vergangenheit – und besonders in der Zeit der Kohl-Regierung – oftmals an der notwendigen Durchsetzungskraft.

Insbesondere die gewerkschaftliche Tarifpolitik wurde durch gegenläufige politische und wirtschaftliche Entwicklungen beeinträchtigt. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ließen sich die berechtigten Lohn- und Gehaltszuwächse nicht durchsetzen. Zudem wurden die tarifpolitisch erstrittenen Lohn- und Gehaltszuwächse durch steigende Steuern und Beiträge und damit durch den Staat „aufgefressen“. Auch sind die Erträge aus Vermögen - vor allem in der Hochzinsphase bis Mitte der neunziger Jahre - stärker als die Arbeitseinkommen gestiegen. Nicht zuletzt dadurch haben sich die Relationen in der Einkommensverteilung verschoben, ohne dass die Gewerkschaften dies mit ihrer Tarifpolitik hätten verhindern können. Diese und andere Entwicklungen haben, in den beiden vergangenen Jahrzehnten deutlicher vielleicht als zuvor, die Grenzen der Tarifpolitik vor Augen geführt, die Verteilung zu beeinflussen.

Die Gewerkschaften sind verteilungspolitisch geschwächt in das neue Jahrhundert gegangen. Mit dieser Schwächung werden sie sich allerdings nicht abfinden. Um vor den eigenen Mitgliedern bestehen und darüber hinaus im „politischen Wettbewerb“ mithalten zu können, müssen die Gewerkschaften ihren Einfluss auf die Verteilung zurückgewinnen. Konzeptionell müssen sie ihre verteilungspolitischen Instrumente überdenken und weiterentwickeln. Gleichzeitig sind sie gefordert, politische Mehrheiten für eine andere, gerechtere Verteilung zu gewinnen und für notwendige Reformen zu mobilisieren. Dazu haben wir in der IG Metall die Initiative *fairteilen* aufgelegt.

Ohne die Beratungen der Initiative vorwegnehmen zu können, scheint sich bereits ein Ergebnis herauszukristallisieren: Die gewerkschaftliche Tarifpolitik muss von Überfrachtungen befreit und auf ihre Aufgabe, die Bedingungen für „gute Arbeit“ durchzusetzen, konzentriert werden. In der jüngeren Vergangenheit wurden an die Tarifpolitik vielfältige Erwartungen gestellt - vielleicht auch deshalb, weil in den langen Jahren der Ära Kohl auf anderen politischen Feldern die Uhren angehalten, wenn nicht gar zurückgestellt wurden. Vor allem beschäftigungs- und sozialpolitische Ziele sollten über die Tarifpolitik gemeistert werden. Die Gewerkschaften haben diese Überforderung ihrer Tarifpolitik nicht konsequent genug abwehren können. So fielen die klassischen Aufgaben ihrer Tarifpolitik zurück, bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Lohn- und Gehaltszuwächse oder faire Entgeltstrukturen durchzusetzen.

Gerade in verteilungspolitischer Hinsicht sind die Gewerkschaften gefordert, sich wieder stärker diesen Aufgaben der Tarifpolitik zuzuwenden. Diesen Weg sucht die IG Metall im Jahr 2001 mit Vorstößen zur „guten Arbeit“ zu gehen. Diesen Weg einzuschlagen, heißt aber nicht, die anderen verteilungspolitischen Aufgaben zu ignorieren. Die anstehende Entlastung ihrer Tarifpolitik wird den Gewerkschaften im Gegenteil nur gelingen, wenn sie ihr verteilungspolitisches Engagement auf den anderen politischen Feldern, etwa der Sozial- und Steuerpolitik, ausbauen und dieses Engagement auf intelligente Weise mit ihrer Tarifpolitik verknüpfen können.

Volkswirtschaftliche Dynamik ohne verteilungspolitische Bremse

Wie der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand aufgeteilt wird, ist eine Frage von erster wirtschaftspolitischer Priorität. Mit der Initiative *fairteilen* widersetzt sich die IG Metall der öffentlichen Einrede, zwischen einer ausgeglichenen und deshalb gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und dessen Wachstum bestände ein unauflöslicher Widerspruch.

Falsch ist zunächst einmal die Behauptung, die Verteilungspolitik sei ein rückständiges Politikfeld und die Verteilung bestenfalls ein randständiges Thema. „Erst muss der Kuchen gebacken werden, bevor er gegessen werden kann“, sagen die Stammtischökonominnen. Zweifelsohne setzt jede Verteilung voraus, dass das zu verteilende Volkseinkommen auch erarbeitet wird. Jedoch bedingen sich Verteilung und Produktion wechselseitig. Wie bei der allseits bekannten Frage, ob zuerst das Huhn oder das Ei da war, lässt sich die wechselseitige Abhängigkeit von Produktion und Verteilung nicht einseitig zugunsten der einen auflösen. Die Verteilung entscheidet maßgeblich über die Richtung, in der das Sozialprodukt einer Gesellschaft erwirtschaftet wird, wie auch über dessen Volumen. Mit der Verteilung wird etwa die Kaufkraft der Einzelnen bestimmt und damit die Güternachfrage. Ebenso prägt die Verteilung das wirtschaftlich verfügbare „Humankapital“, da sich die Einzelnen nur bei ausreichendem Einkommen qualifizieren können und nur mit Aussicht auf Einkommensvorteile qualifizieren wollen.

Vor diesem Hintergrund steht die verteilungspolitische Bilanz gegenwärtig im Minus: Die Zunahme sozialer Ungleichheiten, die hohe Armutsrate, aber auch die über die Jahre hinweg sinkende Lohnquote sind für die wirtschaftliche Entwicklung schädlich. Die Binnennachfrage kommt nicht auf ihr mögliches und konjunkturpolitisch notwendiges Niveau; notwendige Investitionen in das „Humankapital“ bleiben aus; die wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Staates bleiben infolge leerer Kassen unter dem erforderlichen Niveau; die Struktur des privaten Konsums ist unbefriedigend, weil der Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen wegen fehlender Kaufkraft der betroffenen Haushalte nicht bedient wird ... Noch für viele andere Bereiche ließe sich zeigen, dass die bundesdeutsche Volkswirtschaft von der Verteilung ausgebremst wird.

Nur durch einen verteilungspolitischen Richtungswechsel lässt sich diese Bremse lösen. Eine gerechte, weil ausgleichende Verteilungspolitik ist zwar kein Allheilmittel. Jedoch kann die gegenwärtige Strukturkrise der bundesdeutschen Volkswirtschaft nicht gelöst und die sich möglicherweise ankündigende Rezession nicht vermieden werden, wenn nicht die ungerechte Verteilung überwunden wird und vergleichbare Lebenslagen für alle gesichert werden.

Zeitgemäße Verteilung

„Alles ist im Fluss“, wusste bereits der griechische Philosoph Heraklit. Gerade für unsere heutigen Lebensverhältnisse gilt dieser Satz, haben sich doch die Veränderungen in den Lebensformen und sozialen Verhältnissen beschleunigt. Wir leben heutzutage zumeist anders als unsere Eltern und Großeltern, haben - nicht immer freiwillig, oftmals durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes gezwungen - unsere eigenen, ganz persönlichen Lebensformen finden müssen. Dabei leben wir zumeist auch anders als die anderen, wobei die Vielfalt der Lebens- und Arbeitsformen deutlich zugenommen hat. Zudem wechseln wir häufiger als die Generationen zuvor unsere Arbeits- und Lebensformen, so dass unsere Biographien selbst zu einer Vielfalt werden. Sozialwissenschaftler nennen diese Entwicklung häufig „Individualisierung“.

Für alle Großorganisationen - auch für die Gewerkschaften - wirft diese Entwicklung Probleme auf, müssen sie doch Menschen organisieren, deren Gemeinsamkeiten schmaler werden, die häufig nur noch in abstrakten, alltäglich kaum erfahrenen Übereinstimmungen bestehen. In der Zukunftsdebatte wird die IG Metall Antworten finden müssen, wie auch bei zunehmender Individualisierung der solidarische Zusammenschluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglich ist und politisch erfolgreich sein kann.

An dieser Stelle will ich jedoch auf eine andere Folge der Individualisierung hinweisen: Mit dieser Entwicklung sind Chancen verbunden, aus überlieferten Zwängen auszubrechen und eigene Vorstellungen zu verwirklichen. Vor allem Frauen haben diese Chancen ergriffen und damit die Welt für sich und die Männer verändert. Den Chancen stehen aber auch Risiken gegenüber, langwierige Suchprozesse und immer wieder Epochenübergänge durchstehen zu müssen oder gar mit den eigenen Lebensformen zu scheitern, ohne sich dabei auf sozialen Rückhalt von Familien, Freundeskreisen oder Nachbarschaften verlassen zu können. Auf diese Risiken sind die in Deutschland bestehenden Verteilungsstrukturen nicht vorbereitet, die - wie vor allem die sozialstaatlichen Sicherungssysteme - immer noch mit ungebrochenen Lebens- und Arbeitsverläufen rechnen. Deshalb aber geraten bei der Verteilung diejenigen Lebensformen ins Hintertreffen, die durch Brüche geprägt werden. Wiederum gibt der Armutsbericht der Bundesregierung zahlreiche Informationen darüber, dass Menschen in Folge von mehr oder weniger lang andauernden Übergängen oder mehr oder weniger dramatischen Lebenskrisen in Armut fallen. Gerne predigt man heutzutage die Vorteile der Flexibilität, drängt den Menschen entsprechende Einstellungen auf - und verweigert gleichzeitig, die gesellschaftlichen Strukturen der Verteilung den Anforderungen größerer Flexibilität anzupassen.

Unzeitgemäß sind die bestehenden Verteilungsstrukturen auch in einer anderen Hinsicht: Im Zuge der Vervielfältigung der privaten Lebensformen ist es heutzutage keineswegs mehr normal, dass Erwachsene dauerhafte Verantwortung für die Versorgung und Erziehung von Kindern übernehmen. So aber werden die „Lasten“ der Kinder zwischen den Haushalten nicht mehr gleichmäßig verteilt. In der Folge schneiden die Haushalte mit Kindern bei der Verteilung deutlich schlechter ab als die Kinderlosen. Wiederum finden sich im Armutsbericht der Bundesregierung eindrucksvolle Hinweise darauf, dass mit der Entscheidung für Kinder ein überdurchschnittlich hohes Risiko verbunden ist, in die Situation von Einkommensarmut und Unterversorgung zu geraten.

Ob nun zerbrechliche Lebensformen oder aber Haushalte mit Kindern bei der Verteilung benachteiligt werden, die Logik der Benachteiligung ist die gleiche: Die bestehenden Verteilungsstrukturen sind den gegenwärtigen Lebens- und Arbeitsformen nicht angemessen.

In Zeiten relativ homogener Lebensweisen geschaffen, behalten sie angemessene Anteile am gesellschaftlichen Wohlstand für bestimmte Haushaltskonstellationen und Lebensformen vor. Abweichende Konstellationen werden dagegen mit Benachteiligungen bei der Verteilung, gar mit Armut und sozialer Ausgrenzung bestraft.

Diese Gesellschaft braucht daher eine andere, eine zeitgemäßere Verteilung. Notwendig sind etwa soziale Sicherungssysteme, die den Menschen die Bewältigung von Lebenskrisen sowie die Übergänge zwischen verschiedenen Arbeits- und Lebensphasen ermöglichen, aber auch eine Infrastruktur sozialer Institutionen, die den Einzelnen dabei die notwendige Unterstützung gewährt. Bei den Arbeits- und Sozialeinkommen müssen Regelungen gefunden werden, die häufigen Berufs- und Arbeitswechsel ohne Abschlüge und ohne großen Aufwand erlauben. Gefordert ist aber auch ein fairer Kinderlastenausgleich: Kinder haben das Recht, ohne Not aufzuwachsen und die Chancen, die die Gesellschaft bereit hält, gleichberechtigt zu ergreifen. Durch sozialen Ausgleich müssen ihre Eltern in die Lage versetzt werden, ihnen auskömmliche Lebensverhältnisse zu bieten. Dazu gehören gute und bezahlbare Betreuungseinrichtungen außerhalb der Familie, damit Väter und Mütter die Ansprüche von Familie und Beruf besser vereinbaren können. Damit die Kindererziehung nicht dem Diktat des Berufs folgen muss, sind die Arbeitsverhältnisse so zu regeln, dass Väter und Mütter ihrer Verantwortung für die Kinder nachkommen können, ohne deshalb beruflich das Nachsehen zu haben. Und schließlich müssen die zumeist unvermeidlichen Einbußen beim Arbeitseinkommen sowie der erhöhte Bedarf ausgeglichen, müssen die Familien, insbesondere die mit niedrigem Arbeitseinkommen, ein ausreichend hohes Familieneinkommen erhalten.

Soziale Demokratie

„Das Schicksal des Menschen ist der Mensch.“ An dieses Wort von Bertolt Brecht hat Klaus Zwickel in seiner Einladung zur Zukunftsdebatte erinnert - und damit ein politisches Verständnis von Zukunft umrissen: Zukunft wird von Menschen gemacht. Damit die dazu notwendige Politik demokratischen Ansprüchen genügt, muss der gesellschaftlich verfügbare Reichtum ausgeglichen verteilt werden. Mit der Ordnungsidee der Demokratie sind soziale Ungleichheiten nämlich nur in dem Maße zu vertreten, als das „Mehr“ an Einkommen und Vermögen und das daraus resultierende „Mehr“ an Macht durch andere Machtressourcen, etwa durch kollektiven Zusammenschluss der Arbeitnehmer, ausgeglichen werden kann. Alle darüber hinausgehenden Ungleichheiten bei der Verteilung beeinträchtigen die Möglichkeiten der Menschen, sich in politischen Prozessen mit gleichen Rechten für die eigenen Interessen einzusetzen. Durch entsprechende Aufteilung des gesellschaftlichen Wohlstands sind deshalb die sozialen Ungleichheiten in einer akzeptablen Spannweite zu halten und für alle die materiellen Voraussetzungen zur politischen Beteiligung zu gewährleisten.

Benachteiligungen bei der Verteilung, gar soziale Ausgrenzungen, verletzen gegenwärtig jedoch diese Voraussetzung der Demokratie. Mit Zunahme der sozialen Ungleichheiten nimmt nicht nur die Gefahr und das Ausmaß sozialer Konflikte zu. Genauso wächst auch die Distanz gegenüber den gesellschaftlich ausgehandelten „Spielregeln“, geht also die Bereitschaft der Einzelnen zurück, die herrschenden Regeln einzuhalten, weil von ihnen immer nur die anderen profitieren. Unter solchen Bedingungen gewinnen gesellschaftliche Konflikte an Schärfe und Tiefe - mir der gleichzeitig wachsenden Gefahr, dass sie auf demokratischem Wege nicht mehr bewältigt werden können. Aber auch weit vor diesem Ernstfall sind Be-

nachteiligungen bei der Verteilung, vor allem aber soziale Ausgrenzungen politisch brisant. Sie verletzen die politischen Teilhaberechte von Bevölkerungsteilen und dadurch die demokratische Symmetrie sozialer Ungleichheiten.

Das Projekt der sozialen Demokratie steht zu dieser Entwicklung im Widerspruch: mit den formalen Rechten sind auch die materiellen Voraussetzungen gleicher Teilhaberechte gesellschaftlich zu sichern. Um dieses Projekt auch für die Zukunft zu verwirklichen und die Demokratisierung dieser Gesellschaft weiter voranzutreiben, braucht es einen verteilungspolitischen Richtungswechsel: Die Verteilung muss wieder stärker unter gesellschaftliche Kontrolle genommen werden; sie hat den Auflagen einer demokratischen Gesellschaft zu genügen, nach unten allen zumindest die materiellen Voraussetzungen gleichberechtigter Teilhabe zu gewährleisten und die Differenzen bei Einkommen und Vermögen in einer für die demokratische Ordnung akzeptablen Spannbreite zu halten. Im Widerspruch zur Lehrmeinung der Marktradikalen ist dazu nicht weniger, sondern mehr sozialer Ausgleich, nicht weniger, sondern mehr Solidarität notwendig. Dafür steht die IG Metall mit der Initiative *fairteilen* politisch ein.